

Für Ihre Unterlagen Öffentliche Petition

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

Datum: 12.04.2010

11011 Berlin

Lesen Sie bitte vor Abgabe des Formulars die Datenschutzerklärung und die Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen, um sich zu vergewissern, dass Ihr Anliegen als Gegenstand einer öffentlichen Petition zulässig ist. Sie können sich aber auch vom Sekretariat des Petitionsausschusses beraten lassen.

[zur Richtlinie](#)

Hiermit bestätige ich, dass ich die Datenschutzerklärung und die Richtlinie für die Behandlung von öffentlichen Petitionen gelesen und zur Kenntnis genommen habe. Weiter erkläre ich mich einverstanden, dass mein Name veröffentlicht wird.

Persönliche Daten des Hauptpetenten

*Bitte machen Sie folgenden Angaben zu der Person, oder der Organisation, die die Petition einreicht, einschließlich einer Kontaktadresse, an die die Korrespondenz geschickt werden soll. Die mit * gekennzeichneten Felder müssen ausgefüllt werden, da ohne sie eine Petitionsbearbeitung nicht möglich ist.*

Anrede	Herr
Name	Grafetstetter
Vorname	Robert Seb.
Titel	

Anschrift

Wohnort	Altenmarkt
Postleitzahl	83352
Straße und Hausnr.	Baumburger Leite 9
Land\Bundesland	Deutschland / Bayern
Telefonnummer	
E-Mail-Adresse	just_now@justmail.de

Wortlaut der Petition/Was möchten Sie mit Ihrer Petition konkret erreichen?

Über welche Entscheidung/welche Maßnahme/welchen Sachverhalt wollen Sie sich beschweren? (Kurze Umschreibung des Gegenstands Ihrer Petition)

Der Deutsche Bundestag möge beschließen ...

dass der Solidaritätszuschlag baldmöglichst zur Sanierung von Straßen und Nebenstraßen im ehem. westdeutschen Bundesgebiet (alte Bundesländer) verwendet wird.

Bitte begründen Sie Ihre Petition!

Die Einführung des Solidaritätszuschlags 1991 wurde vorwiegend mit den Kosten der Deutschen Einheit begründet, aber auch den zusätzlichen Kosten für den Golfkrieg (Operation Desert Storm) und seinen Folgen sowie für eine Unterstützung der mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder. In den neuen Bundesländern hat der Solidaritätszuschlag dazu geführt, dass ein derzeit sehr gutes Straßensystem ausgebaut werden konnte (verglichen mit den früheren Straßen der ehem. DDR). Aufgrund der fehlenden Zweckbindung werden nun u.a. Kriegsmaßnahmen und Infrastruktur im Ausland etc. unterstützt.

Im Inland dagegen sind wir inzwischen so weit, dass das Fahren auf Nebenstraßen bereits dem Durchfahren eines Minenfeldes gleicht und Beschädigungen an Fahrzeugen und Personen vorprogrammiert sind. Aber auch an Bundesstraßen und sogar auf Autobahnen sind bereits entsprechende Schäden und gefährliche Löcher im Straßenbelag festzustellen. In den Medien wurde nun bekannt, dass für die Reparatur dieser Schäden das Geld fehlt und dass deshalb derzeit verstärkt Warnschilder erworben werden, damit die gefährlichen Schadstellen zumindest ausreichend gesichert werden können, um Bund, Länder und Gemeinden vor Schadensersatzforderungen zu schützen.

Es kann nicht sein, dass wir mit dem Soli u.a. Krieg und den Straßenbau im Ausland finanziell unterstützen und im Inland das Geld für anständige Straßen fehlt.

Es kann nicht sein, dass in einem sozial und technologisch führenden Land wie Deutschland Menschen und Waren nicht sicher transportiert werden können, weil die Straßen dafür zu schlecht sind (Kosten für Schäden an Menschen und Waren belasten langfristig das Gesundheitssystem und die Wirtschaft).

Da der Solidaritätszuschlag nicht zweckgebunden ist, kann dieser ohne großen Aufwand zukünftig in die Sanierung des Straßensystems im Inland fließen, und weil die Maßnahmen sämtliche alten Bundesländer betreffen, dürften die Arbeiten viele Jahre in Anspruch nehmen. Es werden damit also, als positiver Nebeneffekt, dauerhaft Arbeitsplätze in ganz Deutschland geschaffen. Außerdem investieren Geldgeber und Unternehmen ihr Geld lieber an Standorten mit guter Infrastruktur. Der positive Effekt sinkender Arbeitslosenzahlen und einer steigenden Kaufkraft kann gerade jetzt nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Es wird deshalb beantragt, die Gelder aus dem Solidaritätszuschlag baldmöglichst zur Sanierung von Straßen und Nebenstraßen im ehem. westdeutschen Bundesgebiet (alte Bundesländer) zu verwenden.

Vielen Dank!

Wenn Sie Anregungen (z.B. Stichworte oder Fragen) für die Online-Diskussion geben wollen, können dieses Feld nutzen.

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) nach Erhalt des Aktenzeichens auf dem Postweg an

Kontaktadresse:

DEUTSCHER BUNDESTAG
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030)227 35257
E-Mail: e-petitionen@bundestag.de
